

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Tommy Tabor (AfD)**

vom 30. Oktober 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Oktober 2018)

zum Thema:

Spandau: WiA-Büro

und **Antwort** vom 12. November 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. Nov. 2018)

Senatsverwaltung für
Integration, Arbeit und Soziales

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/16887
vom 30. Oktober 2018
über
Spandau: WiA-Büro

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat den Spandauer BVV Beschluss mit der Drucksache - 0952/XX hinsichtlich der Förderung des Tätigkeitsfeldes des WiA-Büros nach Möglichkeit auf alle in Spandau lebende Migrantinnen und Migranten auszuweiten?

1.1. Besteht eine solche Möglichkeit?

Zu 1. und 1.1: Der Senat bewertet Beschlüsse aus der Bezirksverordnetenversammlung grundsätzlich nicht. Die Förderung erfolgt auf der Grundlage des Fachkonzepts der Willkommen-in-Arbeit-Büros (WiA-Büros). Veränderungen in der Zielgruppe sind unter Berücksichtigung des Beratungsangebots des Bezirks und des Landes zu prüfen.

2. Wäre eine unter 1 genannte Erweiterung überhaupt beabsichtigt bzw. unter aktuellen Voraussetzungen möglich?

Zu 2.: Siehe zu 1.

2.1. Falls nein - unter welchen Voraussetzungen wäre eine solche Erweiterung möglich und wäre dies realistisch?

Zu 2.1: Entfällt.

2.2. Falls ja – wie sieht es aktuell in der Praxis aus?

Zu 2.: Entfällt.

- 3) Ist eine Weiterfinanzierung des WiA Büros in Spandau geplant?
- 3.1. Falls ja – bitte konkretisieren?
- 3.2. Falls ja – seit wann?
- 3.3. Falls nein – warum nicht?
- 3.4. Falls nein – hat der BVV Beschluss Einfluss auf die Senatsentscheidung?

Zu 3. und 3.1 bis 3.4: Eine Weiterfinanzierung kann grundsätzlich erfolgen, wenn im Haushalt für die Jahre 2020/21 ausreichend Mittel für eine Fortsetzung der WiA-Büros auf Grundlage des Fachkonzepts zur Verfügung stehen.

Berlin, den 12. November 2018

In Vertretung

Alexander F i s c h e r

Senatsverwaltung für
Integration, Arbeit und Soziales